meint, Italien genieße die Freundschaft aller Nationen und brauche sich daher nicht unter das Protektorat irgendeiner Nation zu begeben. „Voce repubblicana" erklärt, Frankreich wolle Italien die Rolle eines Arbeitsnegers, der zur Ehre Frankreichs arbeite, zuschieben.

Eine Stimme zur Ruhrfrage.

„Corriere della Sera" findet die Haltung Italiens unklar und unbequem, die daher auch nur vorübergehend sein könne. Bald müsse sich Italien entscheiden. An der rheinischen Frage seien alle europäischen Nationen unmittelbar interessiert. Die hauptsächlichsten Faktoren der europäischen Politik könnten unmöglich noch länger untätige Zuschauer in dem deutsch-französischen Konflikt bleiben. Das Blatt wünscht, daß Italien engere Fühlung mit England und solchen europäischen Mächten nehme, die den Frieden retten wollten.

Eingreifen Amerikas erneut gefordert.

Versammlung in New York.

Die große New Yorker Versammlung in Madison Garden zum Einspruch gegen die Ruhrbesetzung umfaßte nicht weniger als 15 000 Personen. Senator Bohra sandte einen telegraphischen Protest, in dem es heißt: „Ich habe an Senator France von Maryland geschrieben und ein internationales Eingreifen gefordert.

Der New Yorker Bürgermeister Hylan brachte die allgemeine amerikanische Mißbilligung des französischen Raubzuges nach der Ruhr zum Ausdruck. Oberst Andersen, ein Kriegsteilnehmer brandmarkte das Vorgehen der Franzosen gegen eine unbewaffnete Bevölkerung als Feigheit.

Die Massenversammlung nahm eine nach Washington gerichtete Entschließung an, die ein Einschreiten der Vereinigten Staaten fordert.

Aktion der amerikanischen Geschäftswelt?

„Chicago Tribune" behauptet, daß ein von der amerikanischen Geschäftswelt eingeleitetes Eingreifen in der Reparationsfrage unmittelbar bevorstehe. Der Großindustrielle Charles Schwab sei in erster Linie zu dem Zwecke nach Europa gekommen, um nach dem Plane der Handelskammern der Vereinigten Staaten vorzuschlagen, wonach eine internationale Kommission mit einem amerikanischen Mitgliede die deutsche Zahlungsfähigkeit und die Art und Weise der deutschen Zahlungen festsetzen soll.

Der Pariser Vertreter der Handelskammern der Vereinigten Staaten, Basil Miller, befinde sich zurzeit im Ruhrgebiet, um eine Untersuchung über die Ergebnisse der Besetzung vorzunehmen. Nachdem der Vorsitzende der Handelskammern der Vereinigten Staaten, Julius Barnes, kürzlich den erwähnten Reparationsplan im Namen fast aller amerikanischen Handelskammern auseinandergesetzt habe, sei dieser in Washington gutgeheißen worden, und es verlaute, daß er den Standpunkt der Regierung wiedergebe. Der Plan sehe vor, daß nach Erzielung einer Verständigung über einen neuen Reparationsplan die Vereinigten Staaten sich an den Kommissionsarbeiten beteiligen würden, die die Durchführung des Planes durch Deutschland sicherstellen sollen.

Die Bestätigung dieser Nachrichten bleibt abzuwarten.

Feindliche Preßpropaganda.

Um ein Bild von der schmutzigen Methode zu geben, deren sich die feindliche Propaganda gegen Deutschland bedient, bringen wir nachstehend einige Proben aus dem „Newyork Herald". Die Ausgabe dieses Blattes vom 15. Januar enthielt folgende Kabelmeldung aus Bochum:

„Ein Deutscher wurde heute abend getötet und zwei schwer verwundet, als französische Truppen auf eine Menge schossen, um einen Zusammenstoß zwischen Nationalisten und Kommunisten zu ersticken. Die deutsche Polizei war nicht imstande, den Aufruhr zu unterdrücken, und französische Truppen mußten die Ordnung wiederherstellen."

In Wahrheit handelte es sich um eine nationale Kundgebung vor dem Rathaus in Bochum, in deren Verlauf die Franzosen blindlings darauf losfeuerten. Dabei fielen die ersten Opfer des Ruhreinfalls.

Am 18. Januar ließ sich das genannte Blatt unter der Ueberschrift „Berlin wird verrückt über den Fall des Dollars — Fall auf 24 000 treibt die Leute in Scharen zum Trinken" aus Berlin kabeln:

„Mit dem Fall des Dollars auf 24 000 hat Berlin seine angemessene Trauer aufgegeben. Die Leute feierten den Tag, indem sie jede Likörstube der Stadt förmlich belagerten und den Besitzern sagten, heute nacht hätten sie ein Geschäft gemacht wie nie zuvor. Dieser unsinnige Sturm auf die Likörstuben trug mit dazu bei, daß die Polizei die Schließung aller Kaffees, Bars und Kabaretts um 11 Uhr statt wie bisher um 1 Uhr nachts anordnete."

Ruhrspenden des Auslandes.

Ein schweizerischer Bürger hat dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten die Summe von 2 600 000 Mk. für die Ruhrspende überwiesen.

Die deutsche Kolonie in Barcelona hat dem Reichskanzler 7000 Peseten als zweite Rate für die Ruhrhilfe übersandt.

Finnlands Anteilnahme an Deutschlands Kampf.

Das deutsche Volk hat mit freudiger Genugtuung die zahlreichen Kundgebungen vernommen, die ihm aus Finnland anläßlich des Einbruchs der Franzosen in das Ruhrgebiet zugegangen sind. Finnland hat nicht vergessen, daß deutsche Truppen vor fünf Jahren bei der Abwehr der bolschewistischen Flut wirksamste Hilfe geleistet haben. Gerade dieser Tatsache wird in allen Kundgebungen, die aus Finnland nach Deutschland gelangen, mit warmer Dankbarkeit gedacht. So auch bei einem Gesellschaftsabends, den die finnisch-deutsche Gesellschaft in Helsingfors am 8. Februar veranstaltete. Von deutschen und finnländischen Rednern wurde immer wieder die unverbrüchliche, durch Leiden gemeinsamer Art festgefügte Freundschaft zwischen Deutschland und Finnland betont. Die finnländischen Redner bedauerten, dem deutschen Volke nicht in gleich wirksamer Weise zu Hilfe kommen zu können, wie 1918 Deutschland dem finnländischen Volke half. Um so lauter und kräftiger aber sprachen alle Redner ihre Abscheu vor den Gewaltaten aus, denen Deutschland durch Frankreich und Belgien ausgesetzt ist.

Eine lebhafte Sammeltätigkeit ist in Finnland von deutscher und finnländischer Seite begonnen worden. Namhafte Beträge sprechen für die Opferwilligkeit und die freundschaftlichen Gefühle, die Deutschland in seiner Not entgegengebracht werden. Soweit bisher bekannt geworden ist, haben die deutschen Vereine bis zur Mitte des Monats etwa 50 000 Finnenmark zusammengebracht.

Polnische und litauische Beschwerden vor dem Völkerbundsrat.

Am 18. Februar teilte die litauische Regierung dem Präsidenten des Völkerbundsrates in einem Telegramm mit, daß die polnischen Truppen die neutrale Zone im Gebiet von Orany überschritten und die Feindseligkeiten gegen die litauischen Truppen begonnen hätten. Die litauische Regierung ersuchte daher den Präsidenten des Rates, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich seien, um eine Ausdehnung des Konfliktes zu verhindern.

Anderseits hat die polnische Regierung dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt, daß sich irreguläre litauische Streitkräfte an verschiedenen Punkten versammeln, und daß es im Gebiet der Eisenbahnlinie Grodno—Wilna zu Zusammenstößen gekommen sei.

Der Präsident des Völkerbundsrates Viviani erinnerte die beiden Regierungen an die feierliche Verpflichtung, die sie am 30. Januar 1923 eingegangen seien, sich jeder feindseligen Haltung zu enthalten. Er wies ferner darauf hin, daß es im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens notwendig sei, die Bestimmungen und Empfehlungen des Rates vom 3. Februar 1923 nicht zu übertreten oder zu verletzen, da sonst der Rat zu einer Sitzung zusammentreten müßte, gemäß den Mitteilungen, die den beiden Parteien gleichzeitig mit den Empfehlungen zugegangen seien.

Kleine politische Meldungen.

Das Heeresgut im Besitz von Schiebern

ist nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Dezember 1921 nicht mehr zu erfassen, wenn es erst jetzt entdeckt wird. Bei Erlaß des Gesetzes hatte man angenommen, daß nennenswerte Mengen sich nicht mehr in solchen Händen befinden. Das war ein Irrtum. Eine Menge von Heeresgütern ist erst nach Auflösung der Erfassungsorganisation ans Tageslicht gekommen. Es war aus Furcht vor deren Zugriff zurückgehalten worden. Dann aber haben Geldentwertung und Warenknappheit die Besitzer von Heeresgütern wie Autos, Maschinen, Instrumente veranlaßt, die verborgen gehaltenen seinerzeit unrechtmäßig erworbenen Waren im Handel anzubieten und zu den hohen Konjunkturpreisen ins Ausland zu verschieben. Gerade in der letzten Zeit hat dieser Handel einen erheblichen Aufschwung genommen. Dem Reichstag ist jetzt ein Gesetz über die Verwertung von Militärgut zugegangen, das dem Reichsschatzministerium, das den Verschiebungen wertvoller Heeresgüter ins Ausland machtlos gegenübersteht, wirksame strafrechtliche und zivilrechtliche Mittel zur Erfassung dieser Heeresgüter an die Hand geben soll. Das Gesetz soll möglichst schnell erledigt werden.

Nachtrag. Zu den irreführenden Berichten der Roten Fahne wird noch mitgeteilt, daß eine Sitzung, an der der preußische Innenminister Severing gemeinsam mit dem General von Seeckt teilgenommen hätte, überhaupt nicht stattgefunden hat. Auch die von der Roten Fahne behauptete Teilnahme der Preußischen Oberpräsidenten an einer solchen Sitzung im Reichswehrministerium ist frei von dem Blatt erfunden. Die Preußischen Oberpräsidenten waren wohl vor kurzem hier und zwar beim Oberpräsidium Charlottenburg versammelt, aber lediglich, um über die Durchorganisierung der Ruhrhilfe in den einzelnen Provinzen zu beraten.

Aus dem Memelgebiet. Die kritische Lage, die sich durch die Zuerkennung des Memellandes an Litauen durch eine Entscheidung des Völkerbundes ergeben hat, ist durch einen russischen Eingriff noch verschärft worden. Tschitscherin hat an die polnische Regierung eine Note gerichtet, in der er erklärt, daß die Verwicklungen zwischen Litauen und Polen die Sowjetregierung ernstlich beunruhigen. Es ist bekannt, daß Rußland die Existenz Polens nur ungern erträgt. Soll durch diese Note ein Eingreifen Rußlands in die Randstaatenverhältnisse angekündigt werden?

Historisches Urteil über die Lusitania-Versenkung. Das Neuyorker Appellationsgericht hat in einer gerichtlichen Entscheidung festgestellt, daß die Versenkung des englischen Cunard-Dampfers „Lusitania", der bekanntlich ein Reservekreuzer der britischen Marine war und zurzeit seiner Torpedierung, am 7. Mai 1915, Kriegsmaterial und Munition von Amerika nach England führte, nicht als ein „Seeräuberverbrechen", sondern als eine regelrechte Kriegshandlung anzusehen ist. Wilson hat gerade die Versenkung der Lusitania als ein Beweggrund für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg öffentlich aufgerufen. „Rache für diesen Seemord!" war das Feldgeschrei der Amerikaner. — Und heute? Heute kann man bedauern, daß das Urteil des Neuyorker Appellationsgericht fast acht Jahre zu spät kommt.

Prozeß wegen eines Attentatsversuchs auf den König von Rumänien. Vor einigen Tagen begann vor dem Kriegsgericht in Bukarest der Prozeß gegen sieben Ungarn, die beschuldigt wurden, einen Anschlag auf das Leben des Königs von Rumänien unternommen zu haben. Die Angeklagten gaben zu, Angehörige der Partei der erwachenden Ungarn zu sein und gestanden, daß der Plan zu den Anschlag in Budapest entstanden sei und sich gegen den König als Oberhaupt des rumänischen Staates gerichtet habe. Der Hauptangeklagte Turcozey hatte sich zusammen mit einem anderen Mitglied des Bundes, Graf Belmont, im Juli vorigen Jahr mit Hilfe falscher Pässe, die sie von einem eingeweihten hohen ungarischen Beamten erhalten hatten, nach Rumänien begeben, wo das Attentat am 8. September im Hippodrom von Bukarest stattfinden sollte. Die Höllenmaschine sollte unter der königlichen Loge aufgestellt werden.

Die Goldanleihe.

Der am Mittwoch in seinen Umrissen bekanntgewordene Plan einer Goldanleihe des Reiches von 200 Millionen Goldmark beweist, daß auch finanzpolitisch im Reich ein festerer Kurs gesteuert wird als früher. Aus der ersten Veröffentlichung geht hervor, daß eine Reihe deutscher und ausländischer Banken bei der Aufbringung des Anleihebetrages aktiv und vermittelnd mitwirken will. Es handelt sich um die Ausgabe von Reichsschatzanweisungen mit dreijähriger Laufzeit, die von der Reichsbank garantiert werden. Das Bankenkonsortium will 100 Millionen Goldmark fest übernehmen und die übrigen 100 Millionen Goldmark in Kommission nehmen. Ein endgültiges Urteil über das Projekt wird erst dann möglich sein, wenn Einzelheiten über den Ausgabekurs, die Verzinsung (vorläufig sollen 6 Prozent ins Auge gefaßt sein) Tilgung usw. bekannt gegeben sein werden. Die Tatsache aber, daß das Reich jetzt auswärtigen Kredit erstrebt und erhält, ist an sich schon bedeutsam, daß sich jeder Wirtschaftspolitiker mit ihr beschäftigen muß.

Schon bei dem Devisenangebot der Reichsbank in den ersten beiden Februarwochen verlautete gerüchtweise, daß ausländische Finanzleute beteiligt seien. Dieser Nachricht ist es auch wohl zuzuschreiben, daß die Spekulation nicht einmal einen ernstlichen Versuch unternahm, die in Privathänden befindlichen Devisenbestände durch zielbewußtes „Fixen" vor weiterer Entwertung zu schützen, oder doch an der Kursentwicklung zu verdienen. Was mit den Erträgnissen der Anleihe geschehen soll, ist im einzelnen noch nicht bekannt gegeben. Das eine ist aber sicher, daß Reparationszahlungen damit nicht erfolgen werden. Vermutlich sollen die 200 Millionen Goldmark (sie werden in der Veröffentlichung charakteristischerweise gleich 50 Millionen Dollar gesetzt) zum Ankauf von Lebensmitteln und zur Sicherung ausländischer Kohlenbezüge verwendet werden. Damit wäre eine Gewähr dafür gegeben, daß der verstärkte Devisenbedarf, der in den letzten Monaten vor der neuen Ernte regelmäßig einzutreten pflegt, sowie auch der durch die Kohlenanschaffungen bedingte Devisenbedarf nicht zu einem neuen scharfen Dollarhausse führen wird.

Vollkommen abwegig ist aber der Gedanke, die jetzt vom Reich geplante Goldanleihe sei der erste Akt für die endgültige Stabilisierung des Markkurses. Um bei einem Papiergeldumlauf von über 2500 Milliarden Mark einen ausreichenden Sicherungsfonds zu schaffen, sind Summen notwendig, die das mehrfache der jetzt aufzubringenden Goldanleihe betragen. Immerhin kann die jetzt beschlossene Goldanleihe eine Vorläuferin für die spätere größere Stabilisierungsanleihe werden. Es liegt auf der Hand, daß die jetzt für die Goldanleihe gewonnenen ausländischen Banken in erheblichem Maß an dem finanziellen Schicksal des Reiches und der deutschen Wirtschaft interessiert sind und auch den Kern eines umfassenden Konsortiums bilden werden, das einmal die große Aufgabe der Marksanierung übernehmen wird. Das Zustandekommen der jetzigen Goldanleihe ist besonders deshalb beachtenswert, weil dies Finanzgeschäft in der Zeit der schlimmsten Krise erfolgt, die in den letzten Jahren für Deutschland zu verzeichnen war. Die ausländischen Geldgeber vom Februar 1923 vertrauen offensichtlich fest darauf, daß Deutschland die Ruhrkrise siegreich bestehen wird. Wenn es uns dann noch gelingt, den Wirkungsgrad unserer Wirtschaft zu heben und schließlich sogar unsere Wirtschaftsbilanz aktiv zu gestalten, so wird das erschütterte Vertrauen des Auslandes in unsere politische und wirtschaftliche Zukunft wiederhergestellt werden.

Dr. Croll.

Von Stadt und Land.

Aue, 24. Februar.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige, diesjährige vierte öffentliche Stadtverordnetensitzung war von 25 Stadtverordneten besucht. Sie stand unter der Leitung des Vorstehers Freyß; am Ratstische wohnten ihr neben dem Ratsvorstand vier Ratsmitglieder bei. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde die ziemlich umfangreiche Tagesordnung erledigt. Zuerst nahm man Kenntnis von einer Einladung der Leitung der Oberrealschule zur Entlassungsfeierlichkeit der Abiturienten. Dann bewilligte man den Betrag von 250- bis 300 000 Mark für eine Hilfsbücherei der Oberrealschule, erhöhte die Gebühren für die Müllgerabfuhr auf 4400 Mark für 1 Kubikmeter und stimmte einer Erhöhung der Schlacht- und Viehhofsgebühren zu, bei welcher Gelegenheit der Rat ermächtigt wurde, zukünftige Erhöhungen der Schlacht- und Viehhofsgebühren selbständig zu beschließen unter der Voraussetzung, daß vor jeder Erhöhung der Schlacht- und Viehhofausschuß zu hören ist, überdies, daß jede Erhöhung dem Stadtverordnetenkollegium bekanntgegeben werde und daß dem Kollegium das Recht zustehen soll, die beschlossene Erhöhung zu ermäßigen, wenn sie zu hoch erscheinen sollte. Den Gaspreis setzte man mit Wirkung ab letzter Ablesung auf 680 Mark für 1 Kubikmeter und den Preis für 1 Kilowattstunde Licht- und Kraftstrom auf 770 Mark fest. Der Gemeinderat in Auerhammer hat darum nachgesucht, die Gemeinde Auerhammer mit Gas zu versorgen. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen, doch konnte man unter günstigen Bedingungen Gasleitungsrohre einkaufen, wofür die Mittel bewilligt werden. Zur Gewinnung von Wohnräumen soll das Hintergebäude des Grundstückes Bahnhofstraße 15 umgebaut werden. Zu